

UNKNACKBAR!



UN-BRK = Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen
 GG = Grundgesetz
 AGG = Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz

Editorial	4
Leitartikel	
Ein wirklich gebrauchtes, ein verbrauchtes Jahr!	5
Kolumnen	
Umgebracht werden. Wessen Leben ist als nächstes bedroht?	7
Kriegstüchtig werden! Was können wir Behinderte dazu beitragen?	9
STOP! Keine lebensverlängernden Maßnahmen für Heime mehr!	12
Behindertenrechtskonvention	
Empfehlungen für Deutschland zur UN-Behindertenrechtskonvention	15
UN-BRK: Deutschland auf gutem Weg? Eine Nach-Lese von H.- Günter Heiden	15
Standing Ovation in Genf für Theresia Degener – nicht für Deutschland	16
BSK befürwortet UN-Empfehlungen	18
Newsletter zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in den Kommunen	18
Bei Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention weiter vorankommen	19
Die Neue Norm Podcast zur UN-Behindertenrechtskonvention	19
Sondereinrichtungen: Verbotene Diskriminierung behinderter Menschen	20
Politik Bund	
Armut: Warum behinderte Menschen stärker davon betroffen sind	21
BSK fordert Taten statt Worte: Barrierefreiheit jetzt gesetzlich verankern	21
Barrierefreiheit und angemessene Vorkehrungen endlich festschreiben	22
Gesetzliche Regelungen zur Verbesserung der Barrierefreiheit nötig	23
Hände weg vom Sozialetat	23
Politik Länder	
Rheinland-Pfalz: Matthias Rösch als Landesbehindertenbeauftragter verabschiedet	24
Rheinland-Pfalz: Ellen Kubica folgt Matthias Rösch als Landesbehindertenbeauftragte	25
Bayern: Barrierefreiheit und Inklusion im bayerischen Koalitionsvertrag	26
Niedersachsen: Annetraud Grote wird niedersächsische Landesbehindertenbeauftragte	27
Saarland: Kritik an geplanter Ablösung des Landesbehindertenbeauftragten im Saarland	28
Saarland: Hintergründe zur geplanten Ablösung des saarländischen Behindertenbeauftragten	28
Persönliche Assistenz	
Antonio Florio kämpft mit Problemen bei Assistenzsuche	29
Abschaffung der Einkommen- und Vermögenanrechnung gefordert	31
Erhöhung der Assistenzlöhne mit Haken	31
Aktuelle Veröffentlichung des Entlohnungsniveaus in der Pflege	32
Intensiv- und Rehabilitationsstärkungsgesetz - GKV - IPREG	
Außerklinische Intensivpflege – Änderungen zur Verordnung und Potenzialerhebung in Kraft	33
Außerklinische Intensivpflege: Umsetzungsprobleme geben Anlass zur Sorge	35
Workshop zur außerklinischen Intensivpflege zeigte Probleme auf	36

LIGA Selbstvertretung Sachsen kritisiert Regelungen zur außerklinischen Intensivpflege _____ 37
 Neue Verordnungsformulare in der Außerklinischen Intensivpflege _____ 37
 Tipps zur Arztsuche für Verordnungen zur außerklinischen Intensivpflege _____ 39
 ISL startet Hotline zur außerklinischen Intensivpflege _____ 39
 ISL - Infoseite zum Leben mit außerklinischer Intensivpflege _____ 40

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)

Diskriminierungsschutz für alle verbessern _____ 41
 Für Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes werben _____ 42
 Anhörung machte deutlich: Diskriminierungsschutz muss verbessert werden _____ 43
 Lebenshilfe fordert lückenlosen Schutz vor Diskriminierung _____ 43
 Warten auf Reformvorschläge für Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz _____ 44
 Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen und Barrierefreiheit - Von der Evaluation zur Reform _____ 45

Weitere Nachrichten zum Thema Behinderung

Respekt – aber doch nicht für die! _____ 47
 Behinderung – was heißt das eigentlich? _____ 47

Rechtsprechung

Beschluss des Sozialgericht Marburg stärkt Persönliches Budget _____ 48

Literaturtipps

Ratgeber für behinderte ArbeitgeberInnen und solche, die es werden wollen _____ 50
 Es ist schwer, nicht sauer zu werden _____ 51
 Das Recht auf Arbeit und der steinige Weg dorthin _____ 51
 Rechtsratgeber aktualisiert _____ 52
 Schwarzbuch sozial: SoVD veröffentlichte Ungerechtigkeiten _____ 53

ForseA intern

Diese Mitglieder sind im abgelaufenen Jahr verstorben _____ 55
 Vereinfachte Zuwendungsbestätigung _____ 55
 eMail-Adressen _____ 55
 Post-Adressen _____ 55
 Beitragsabbuchung _____ 56
 Wir begrüßen als neue Mitglieder _____ 56
 Deutschlandkarte _____ 56
 Impressum _____ 56
 Beitrittserklärung _____ 57
 Satzung _____ 58

Nichts über uns ohne uns!



Gerhard Bartz © privat

Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde unseres Vereines,

alle Jahre wieder reibt man sich verduzt die Augen und stellt fest, dass völlig überraschend schon wieder ein Jahr zu Ende geht. Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten beschleunigen dieses Empfinden kolossal. Hinzu kommen Unruhen durch die Flüchtlinge, bzw. wegen der Flüchtlinge, die von weiteren Ereignissen, wie beispielsweise im Nahen Osten, geschürt werden. Mit einer Welle von Hass und Fakes werden unsere Gesellschaften überschwemmt. Gleichzeitig ist der Klimawandel in vollem Gange. Schaut man sich die Nachrichten an, dann bleibt nahezu keine Zeit mehr für „normale“ Nachrichten. Auch Corona macht sich auf, die Winterzeit zum Revival zu nutzen.

Das lässt alles darauf schließen, dass die Legislative und die Exekutive in den nächsten Monaten alle Hände brauchen werden, um die daraus entstehenden Probleme zu bewältigen. Von den Ereignissen getrieben, bleibt kein Raum mehr für eine kreative Politik. Und in diese Zeit platzte nun auch noch das 60-Milliarden-Haushaltsloch. Wie lange wird es dauern, bis Friedrich Merz sich dessen bewusst wird, dass er mit der seiner Klage folgenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes auch ein fulminantes Tor ins eigene Netz donnerte? In seinem Bestreben, der „Ampel“ Knüppel zwischen die Beine zu werfen, hat er auch den Haushalten CDU-geführter Länder immensen Schaden zugefügt. Denn auch diese haben sich des Kniffes bedient, nicht verbrauchte Schuldengenehmigungen in den eigenen Haushalt - direkt

oder indirekt - umzuleiten. Findet sich kein Ausweg aus dem Desaster, wird Deutschland zumindest bis zum Ende des nächsten Jahres eisern sparen müssen. Die FDP macht heute schon klar, dass es Einschnitte in die soziale Absicherung geben muss. Steuererhöhungen hingegen lehnt die FDP unter Hinweis auf die schwarze Null rigoros ab. Damit würgt sie die ohnehin schleppend anlaufende Konjunktur hoffentlich nicht bis zum Atemstillstand!

Nur Gesunde und Reiche können sich einen armen Staat leisten. Für den Rest, besonders für kranke, behinderte oder alte Menschen wird es wichtig sein, dass wir uns solidarisieren und Angriffe auf den Sozialstaat, wie es die AFD, die FDP und die Christlichen Parteien lautstark fordern, energisch zurückweisen. Gleichzeitig ist es auch in diesen Zeiten sehr wichtig, auf die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention zu drängen. Denn dort steht keine Einschränkung wegen Unbezahlbarkeit. Gleiches gilt auch für die Respektierung unseres Grundgesetzes durch die Staatsgewalten.

Es ist keine schöne Vorweihnachtszeit, auch keine friedliche. Wir wünschen Ihnen jedoch, dass Sie trotz aller Widrigkeiten für sich den Weihnachtsfrieden finden und genießen können! Für das Jahr 2024 wünschen wir Ihnen Gesundheit, Frieden und Glück und allzeit die für sie erforderliche Assistenz, so Sie davon abhängig sind.

Mit freundlichen Grüßen

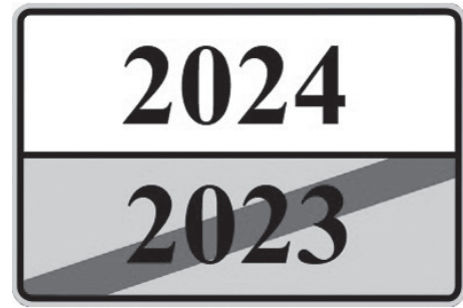
Gerhard Bartz, Vorsitzender
im Namen des gesamten Vorstandes.

Ein wirklich gebrauchtes, ein verbrauchtes Jahr!

Gedanken zum Jahreswechsel von Gerhard Bartz

Was haben einige Bundesländer wie zum Beispiel Thüringen mit Argentinien gemeinsam? Den Durst nach Gerechtigkeit. Dieser ist so stark ausgeprägt, dass man selbst salziges Wasser schluckt. In beiden Ländern ist zumindest die gefühlte Ungerechtigkeit so groß, dass man sein Kreuzchen auf dem Stimmzettel dort macht, wo man aufgrund von Versprechungen Hilfe erwartet. In Thüringen wird es die AFD sein, in Argentinien war es am Wochenende Javier Milei, der im Wahlkampf versprach, den Staat in seiner derzeitigen Struktur zu zerstören. Wes Geistes Kind er ist, zeigt sich auch darin, dass er den argentinischen Papst als Kommunist bezeichnet. Sein Markenzeichen ist die Kettensäge. Auch an seinen Freunden kann man ihn messen, seine ersten Gratulanten waren Donald Trump und Jair Bolsonaro. Man muss kein Hellseher sein, um zu wissen, dass die allermeisten seiner Wählerinnen und Wähler unter seiner Regierung gewaltig leiden werden. Daran ließ selbst er in seinem Wahlkampf keinen Zweifel. Doch dem argentinischen Volk war das in seiner Verzweiflung egal. Durch 140 % Inflationsrate und einer reichen Elite, die sich unendlich bereicherte und denen der Rest des Volkes egal ist, war man mittlerweile müde und ließ sich auf eine Abstimmung zwischen Pest und Cholera ein.

So weit ist man in Thüringen noch nicht. Aber auch dort hat man den Eindruck, dass sich die Gerechtigkeit aus unserer Gesellschaft verabschiedet hat. Noch immer ist die „Zonengrenze“ links und rechts des Stacheldrahtes in den Köpfen präsent. Längst ist die Produktivität in den östlichen Landesteilen dank moderner Fabriken und verbesserter Abläufe höher als in den „alten“ Ländern. Dennoch hält die Wirtschaft eisern an der 40-Stunden-Woche fest. Gemessen an der 35-Stunden-Woche arbeiten die Menschen in den östlichen Bundesländern vier Jahre länger als die im Westen. Und es ist keine Änderung in Sicht. Und nicht nur im Osten ist zu beobachten, dass die Reichen immer reicher werden. Bei den Armen hingegen wird das sogenannte Lohnabstandsgebot dazu missbraucht, das Familiengeld niedrig zu halten, damit es den Arbeitslöhnen nicht zu nahekommt. Dabei wird stets die Vermutung geäußert, dass bei einer zu geringen Differenz die Menschen lieber im Bett blei-



ben würden. Kennen sie die Verhältnisse in den Unternehmen so gut, dass sie ausschließen, dass Arbeit auch Freude machen kann?

Auf der Suche nach Gerechtigkeit macht man das Kreuz dann bei einer Partei, die das Gefühl vermittelt, alle Ungerechtigkeiten abzuschaffen. Dass in ihrem Programm nahezu das Gegenteil zu lesen ist, kümmert niemand so richtig. Die meisten dürften es nicht mal gelesen haben. So spült das Prinzip Hoffnung diese Partei auf über 30 %. Vermutlich nicht, weil sie als so gut, sondern weil die Wettbewerber als so schlecht empfunden werden.

Das alles belastet Menschen mit Behinderung ebenso. Aber vieles wird noch hinzuaddiert. Es gibt zwei Sozialgesetzbücher, das SGB IX und das SGB XII, beide sind auf den ersten Blick sehr menschenfreundlich. Misstrauisch macht jedoch, dass man für gesetzlich zustehende Nachteilsausgleiche so viele Druckseiten braucht. Ursache ist die Tatsache, dass den Kostenträgern aufgetragen wird, das Verfahren zu führen und ihnen auch noch sehr viel Spielräume eingeräumt werden. Es ist kaum verwunderlich, dass diese in Zeiten leerer Kassen in der Regel zum Nachteil der hilfeschreitenden Menschen genutzt werden.

Erschwerend kommt hinzu, dass es im Bereich der beiden Sozialgesetzbücher IX und XII kaum noch Anwälte gibt, die wirksam unterstützen können. Diese Rechtsgebiete sind derartig umfangreich und zum Teil verheerend strukturiert, wichtige Teile in Verordnungen ausgelagert. Mit der Gebührenordnung der Anwälte wird der erforderliche Aufwand kaum entlohnt. Daher werden oft Privatrechnungen angekündigt. Wer mit einem Beratungsschein ankommt, hat kaum eine Chance, einen Anwaltstermin zu bekommen. Dies ist allgemein bekannt und wird von manchen Kostenträgern weidlich ausgenutzt. Dort rechnet man sich aus, dass der klagende behinderte Mensch die Klage nicht bis zum Erfolg durchzie-

Nichts über uns!

hen kann, selbst wenn er offensichtlich im Recht ist. Dieser offensichtliche Rechts- und Machtmissbrauch durch staatliche Bedienstete interessiert Staatsanwälte, Oberstaatsanwälte, sogar das Justizministerium in keiner Weise. Gebetsmühlenartig wird man auf die vorgegebenen Rechtswege verwiesen. Das Verhalten der Kostenträger wäre nicht strafwürdig. Wir sind jedoch der Ansicht, dass nach § 240 StGB eine Nötigung in einem besonders schweren Fall vorliegt, weil der Täter seine Befugnisse oder seine Stellung als Amtsträger missbraucht. Aber auch hier wird die Strafverfolgung unter Hinweis auf den Rechtsweg verweigert. Dass dieser Zeit und Geld kostet und eben deshalb kaum zur Verfügung steht, blendet man einfach aus.

Viele dieser benachteiligten Menschen haben schon ihr Heil in der Öffentlichkeit gesucht. Aber angesichts der komplizierten und umfangreichen Materie wird es schon schwierig, selbst engagierten Journalisten die rechtliche Situation aufzuzeigen. Das was danach bei den Konsumenten ankommt, reicht bestenfalls für eine aufflackernde Empörung, die aber am nächsten Tag durch andere Ungeheuerlichkeiten abgelöst wird.

Das Gefühl des machtlosen Ausgeliefertseins macht Behinderung zusätzlich schwierig. Wir werden Umständen ausgesetzt, die Menschen ohne Behinderung fremd bleibt. Wir werden vor den Augen der Öffentlichkeit immer wieder an die Grenzen unserer Existenz geführt. Und dies von Sachbearbeitern, die wesentlich Gesetze und Rechtsprechung verletzen und dabei kein Risiko eingehen müssen. Vielmehr drängt sich der Eindruck auf, dass sie mit voller Rückendeckung der Behördenleitungen so agieren.

Für Rechtsanwälte muss es sich wieder lohnen, dieses Rechtsgebiet zu bearbeiten. Die Gebührensätze müssen deutlich angehoben werden. Artikel 19 Absatz 4 Grundgesetz muss auch behinderten Menschen ausreichend Schutz bieten. Ebenso der Artikel 12 der Behindertenrechtskonvention. Bislang dienen sie diesem Zweck nur auf dem Papier,

Hilfreich wären auch Anwaltsbüros, die sich auf dieses Thema fokussieren. Heute sind Rechtsanwälte, die hier erfolgreich sind, überlaufen, haben jedoch wirtschaftlich wenig davon. Damit würde auch bei den Kostenträgern die Einsicht wachsen, dass einer eventuellen Willkürentscheidung sofort wirksam begegnet wird.

Es ist an der Zeit, dass unsere drei Staatsgewalten klarstellen, dass die Gesetze auch so gemeint sind, wie sie gedacht sind. Denn unter dem Strich wird mit den Streitigkeiten kein Geld gespart, im Gegenteil, wenn man von den Leuten absieht, die irgendwann aufgeben müssen.

Und es gibt noch eine weitere, sehr wichtige Baustelle: Das Intensivpflege- und Rehabilitationsgesetz entspricht in wesentlichen Teilen der Verfassung und der Behindertenrechtskonvention. Nach Artikel 4 der Behindertenrechtskonvention hätte es nie so beschlossen werden dürfen. Nach unserer Auffassung hätte der Bundespräsident das Gesetz nicht unterschreiben dürfen. Denn sein Amtseid lautet nach Art. 56 GG: „Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“ Dieses Gesetz dient nicht unserem Wohl (zur Erinnerung: auch wir sind das Volk!) und behandelt uns in hohem Maß ungerecht. Denn es zwingt uns zu panikerzeugenden medizinischen Behandlungen und erlaubt Sachbearbeitern vom Schreibtisch aus, uns gegen geltendes Recht die Freiheit zu entziehen.

Das sind nur Aspekte, die den Bereich behinderungsbedingten Assistenzbedarf betreffen. Daneben gibt es noch zahlreiche andere Bereiche des täglichen Lebens, die ebenfalls darauf warten, dass „Fleisch auf die Knochen“ kommt. Die Gesundheit, die Mobilität, die Barrierefreiheit, um nur drei zu nennen.

Wie kann es sein, dass sich unsere Gesellschaft die Freiheit gestattet, Teilen von ihr elementare Grundrechte vorzuenthalten? So lange lebt heute kein Mensch, dass er bei dem vorgelegten Tempo der Umsetzung unserer Menschen- und Teilhaberechte einmal den Zustand erreicht, den Menschen ohne Behinderung schon immer und gedankenlos ganz selbstverständlich für sich hinnehmen.

Das politische System ist selbsterhaltend: Die jeweilige Opposition fordert, was eigentlich selbstverständlich sein sollte. Und die Regierung verweigert selbst das, was sie vorher in der Opposition vehement gefordert hat. Möglich macht das die politische Amnesie, die mit jedem Regierungswechsel zuschlägt. Wir sind uns sicher, dass viele Verbesserungen nicht nur nichts kosten, sondern sogar noch Geld sparen

würden. Denn viele Behördenarbeitsplätze könnten - gerade in Zeiten des Fachkräftemangels - eingespart und anderweitig wichtigere Arbeiten durchgeführt werden.

Man könnte viel tun, man muss es nur wollen. Wir erinnern an den Satz von Willy Meurer, deutsch-ka-

nadischer Kaufmann: „Wer wirklich etwas will, findet einen Weg. Wer nicht wirklich will, findet Ausreden.“

Hoffen wir, dass es trotz aller Widrigkeiten doch noch Leute in der Ampel-Koalition gibt, die als Pfadfinder die richtigen Wege finden.

Kolumne

Umgebracht werden. Wessen Leben ist als nächstes bedroht?

kobinet-nachrichten am 30.10.2023 von Hans-Willi Weis

Nur hoffen können, nicht umgebracht zu werden. Aber nie sicher sein können, dass es nicht doch geschieht. Was gestern undenkbar schien, ist heute möglich: als Angehörige einer minoritären, religiösen, sozialen oder physischen Merkmalsgruppe diskriminiert, verfolgt und umgebracht zu werden. Nicht irgendwo auf der Welt, überall, an jedem Ort. In Deutschland wie schon einmal in jener Zeit, die vor 90 Jahren begann. Als es unter den Minderheiten Juden, Sinti und Roma, Homosexuelle und Behinderte traf. Könnte es wieder nach dieser Reihenfolge gehen? Dass jetzt erst einmal das jüdische Leben bedroht ist, hierzulande. Wo bereits seit längerem auch das Leben von Muslimen nicht mehr sicher ist. – Sollte all dies Schreckliche schon begonnen haben und wir hatten es bislang nur noch nicht gemerkt?

Keine menschliche Grausamkeit für alle Zeit verbannt

Dass das Morden also längst im Gange ist. Ein schrecklicher Gedanke, der als Frage jedoch gedacht werden muss, unter dem Eindruck des Entsetzlichen, das in der Welt geschieht. Und dessen vielleicht noch entsetzlichere Fortsetzung anders gleich gar nicht aufgehalten werden kann. Wenn wir die Gedanken im Nebel lassen und den Kopf in den Sand stecken. Auch wir Behinderte, die wir uns zur Zeit noch in relativer Sicherheit wiegen dürfen. Einer trügerischen womöglich.

Diesen fürchterlichen Gedanken lieber früher denken, als zu spät, sage ich mir. Selbst auf die Gefahr hin, der Angst- oder Panikmache bezichtigt zu werden. – Eigentlich hatte ich für diese trübe Novemberkolumne einen historischen Rückblick, aus wie



Hans-Willi Weis © Hans-Willi Weis

ich glaubte, sicherer Entfernung, auf 40 Jahre Gedenkstätte Hadamar vorgehabt. Doch die Gewissheit, das an diesem Ort im Gedächtnis Bewahrte gehöre ein für allemal der Geschichte an, ist bei mir mit einem Male weg. Und deshalb kann ich nicht in der Weise, wie noch vor Monaten überlegt, darüber schreiben. Wie etwas im Giftschrank der Geschichte sicher Verwahrtes. Denn ich fürchte inzwischen, diese Büchse der Pandora steht plötzlich wieder sperrangelweit offen.

Aber was heißt plötzlich? In den vergangenen Jahren haben sich für mich politisch und gesellschaftlich so

Nichts über uns ohne uns!